

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
A. Wachsende Regelungskraft der Staatszielbestimmung	20
I. Verfassungsstaat, Rechtsverfassung und verfassungsrechtliche Normativität ...	20
1. Rechtliche Normativität der Verfassung und Verfassungsstaat	20
2. Anwachsen der verfassungsrechtlichen Normativität	23
II. Normativität der Staatszielbestimmung in der Weimarer Verfassung	26
1. Als „Programm“, aber nicht nur als solches	26
2. Integrierende Staatsformbestimmung	29
III. Positivierung der Staatszielbestimmungen im Grundgesetz	30
1. Begrenzter Umfang, aber stärkere Regelungskraft der Staatszielbestimmung	30
a) Vorläufige Verfassung und Staatszielbestimmung	30
b) Erneute Wertentscheidungen und Rekonstruktion der Gesellschaftsord-	
nung	33
c) Verfassungstotalitarismus?	36
2. Rechtsdogmatische Entfaltung (Scheuner und Sachverständigenkommission)	37
3. Allgemeines Verständnis der Staatszielbestimmung Umweltschutz (Art. 20a	
GG)	41
a) Verfassungsrechtlich bindende Zielbestimmungen für den Staat	42
b) Objektiv-rechtliche Verfassungsbestimmung ohne Subjektivierungsraum	44
c) Justiziabilität der Staatszielbestimmung und juristische Prüfungsdichte ..	45
d) Anthropozentrischer und nachhaltiger Schutz der Umwelt	47
e) Umweltstaat	49
IV. Normativitätsentfaltung des Art. 20a GG im <i>Klima</i> -Beschluss	51
1. Beanstandung eines Unterlassens	54
2. Kein Verstoß gegen das Untermaßverbot	56
3. Eingriffsähnliche Vorwirkung und Übermaßverbot	58
4. Kerngehalt des Art. 20a GG bei Übermaßprüfung	61
5. Gekoppeltes Verhältnismäßigkeitsgebot und intertemporale Freiheitssiche-	
rung	65
a) Allgemeine rechtsdogmatische Kontur der intertemporalen Freiheitssiche-	
rung	65
b) Argumentationsstrategie des BVerfG und ihre Bedingungen	69
V. Neue Entwicklungsansätze der Staatszielbestimmungsnormativität	73
1. Wechselwirkung zwischen Staatszielbestimmung und Wirklichkeitsordnung	75

2. Gesetzliche gestaltende Interpretation in der Verfassungsentwicklung	80
3. Normative Geschlossenheit in sprachlicher Offenheit des Verfassungsrechts	84
4. Vordringen zum Kern einer Staatszielbestimmung	88
B. Staatszielbestimmung und institutionelle Teilverfassung	94
I. Verfassung als rechtliche Grundordnung für ein Gemeinwesen	95
1. Verfassungsfunktion als Vorfrage des Verständnisses einer Staatszielbestimmung	95
2. Konzeptionelle Auseinandersetzung	99
3. Positive Verkörperung und Praxis	103
4. Vermeidung von begrifflicher Entfremdung	107
a) Variante 1: Juristisches Weltenei	107
b) Variante 2: Abschied von der Normativität	109
c) Mögliche negative Rolle der Staatszielbestimmung	111
II. Teilverfassung als institutionelle Interpretationsmethode für Staatszielbestimmung	113
1. Normativitätsentfaltung der Staatszielbestimmung durch Teilverfassung	113
2. Öffentlichkeit als soziale Grundlage der Teilverfassung	116
a) Verfassung und Öffentlichkeitskonstruktion	116
b) Öffentlichkeitsordnung und Rang einer Teilverfassung	119
3. Teilverfassung und zwei Arenen der Verfassungsinterpretation	121
a) Wechselwirkung und Konkurrenz zwischen BVerfG und Gesetzgeber bei der Verfassungsentwicklung	121
b) Teilverfassung als Dialog- und Integrationsmechanismus für Verfassungsinterpretieren	124
4. Wandelbare institutionelle Verfassungsmaßstäbe durch Teilverfassung	129
a) Normativität verrechtlichter Realität und Einrichtungsgarantie	129
b) Institutionelle Figur der staatszielbestimmungsbezogenen Teilverfassung	133
c) Maßstäbe der Staatszielbestimmung und Rechtsinstitution	136
C. Umweltschutz und institutionelle Umweltverfassung	142
I. Empirische Faktoren für Rechtsinstitutionen der Umweltverfassung	143
1. Komplexität des Ökosystems und Dringlichkeit des Umweltschutzes	144
2. Anthropozän	149
II. Rechtsinstitutionen einer Umweltverfassung	153
1. Sicherung ausreichender und transparenter Umweltinformationen	153
a) Information und Umweltrisikoversorge	153
b) Information und Umweltpolitik	157
c) Informationen und Umweltplanung	160
d) Staatlich geleitete Informationsrechtsinstitution	161

2. Lückenlose Zurechnung der ökologischen Verantwortung	164
a) Verantwortungszurechnung nur zwischen Privaten?	165
b) Verantwortungszurechnung im Verhältnis „Staat-Bürger-Bürger“	166
c) Neuer Anknüpfungspunkt für die Zurechnungsstruktur: Natur als Rechts- person	172
3. Garantien von ökologischer Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit	180
a) Status quo und potenzielle Probleme	180
b) Mögliche Entwicklungen und Zukunftsaussichten	184
4. Konstruktive Beteiligung an einem gerechten globalen Umweltschutz	187
a) Von der Staatenwelt zurück zur Menschenwelt	191
b) Internationales und interindividuelles globales Umweltrechtsregime	195
III. Neue Umweltrechte im Sinne einer Rechtsinstitutionsgarantie	202
1. Recht auf freien Zugang zu ökologischer Information	206
2. Recht auf lückenlose Zurechnung der ökologischen Verantwortung	207
3. Recht auf Garantie der intertemporalen Umweltgerechtigkeit	208
4. Recht auf konstruktive staatliche Beteiligung an einem gerechten globalen Umweltschutz	210
Schlusswort	212
Literaturverzeichnis	217
Stichwortverzeichnis	237